**Artikel 4 u. 5 des französischen Gesetzes vom 19. April 1898
„sur la répression des violences, voies de fait, actes de cruauté
et attentats commis envers les enfants“.**

Von Dr. jur. Curtius, Referendar am Landgericht Duisburg.

Einleitung.

Der „compte général de l'administration de la justice criminelle en France et en Algérie pendant l'année 1897“¹⁾ — der zuletzt erschienene Bericht über das Jahr 1898 enthält in dieser Beziehung keine zusammenfassenden Angaben — konstatirt, daß die Kriminalität der Minderjährigen, nachdem sie bis zum Jahre 1893 gewachsen, in den letzten Jahren eine Tendenz zur Abnahme zeigt.

Betrachtet man lediglich die Statistik für die Minderjährigen unter 16 Jahren, so ist man berechtigt, nicht nur von einer Tendenz zur Abnahme, sondern von der Thatfache einer stetigen Abnahme der Kriminalität zu sprechen.

¹⁾ Benutzte Literatur:

1. Compte général de l'administration de la justice criminelle en France et en Algérie pendant 1^o l'année 1897; 2^o l'année 1898.
2. Précis de droit criminel, par R. Garraud. 7^e édition. Paris 1901.
3. L'enfance criminelle à Paris. Observations pratiques, cliniques et statistiques, par L. Albanel et le Dr. Legras. Paris 1899.
4. Le crime dans la famille, par L. Albanel. Paris 1900.
5. La législation de l'enfance 1789—1894, par J. Bonzon. 2^e édition avec un appendice de 1894 à 1898. Paris 1899.
6. Commentaire de la loi du 19 avril 1898, par H. Rollet. Paris 1899.
7. Patronage des libérés. Union des sociétés de patronage de France. Loi du 19 avril 1898, dispositions nouvelles contenues dans les art. 4 et 5 à l'égard des enfants coupables de crimes ou délits, par E. Passez. Paris.

Dieses glückliche Resultat, auf das übrigens auch Albanel und Bonzon in den Anm. 1) erwähnten Arbeiten hinweisen und das daher nicht eins der so häufigen Trugbilder der Statistiken im allgemeinen, der Statistiken der Verwaltungen im besondern, zu sein scheint, ist wohl nicht mit Unrecht den Anstrengungen zu verdanken, die von allen Seiten in Frankreich seit einer Reihe von Jahren zum Schutze der Minderjährigen gemacht werden.

Gesetzgebung und Verwaltung einerseits, Privatwohlthätigkeit anderseits, wetteifern darin, Maßregeln in diesem Sinne zu treffen. Diese Maßregeln erstrecken sich gleichmäßig auf diejenigen Minderjährigen, die, ohne noch mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen zu sein, nach irgend einer Richtung des Schutzes bedürfen, wie auf solche, die Gegenstand einer Festnahme und strafrechtlichen Verfolgung sind.

Maßregeln der letztern Art trifft unter andern das Gesetz vom 19. April 1898 „sur la répression des violences, voies de fait, actes de cruauté et attentats commis envers les enfants“ in seinen Artikeln 4 und 5.

Die in denselben enthaltenen Bestimmungen sind von der größten Tragweite. Bleibt das Gesetz nicht, wie so manches der in dieser Materie, Schutz der Minderjährigen, ergangenen französischen Gesetze der letzten Zeit — man vergleiche, was Bonzon²⁾ über die Anwendung des Gesetzes Roussel vom 23. Dezember 1874, des sogenannten „code des nourrissons“, berichtet — „lettre morte“, so erscheint es geeignet, in der günstigsten Weise zum Schutze der Minderjährigen und zu einer weitem stetigen Abnahme der Kriminalität derselben beizutragen.

Ein, wenn auch nur kurzer, Bericht über das genannte Gesetz ermöglicht, zu zeigen, welchen Einfluß das Prinzip der Vorbeugung gemäß dem Grundsatz: „l'hygiène morale et préventive vaut mieux que le médication thérapeutique la mieux conçue“ in Frankreich gewonnen hat.

Kapitel 1.

Die Modifikation des Familienrechtes in Frankreich im Anfang des 19. Jahrhunderts ist durchtränkt mit dem römisch-rechtlichen Prinzip der patria potestas. Der Umfang der den Eltern über

²⁾ a. D. S. 264 f.

ihr Kind eingeräumten Gewalt ist daher sehr groß. Es genügt daran zu erinnern, daß der „code civil“ in seinen Artikeln 375 f. dem Vater, subsidiär der Mutter, die weitgehendsten Züchtigungsrechte — stehen ihm doch selbst die staatlichen Strafanstalten zur Verfügung! — an die Hand gibt, Bestimmungen, deren Modifikation, um nicht zu sagen Beseitigung, übrigens heute von allen Seiten verlangt wird.

Eine Modifikation oder Beseitigung der Artikel 375 f. des „code civil“ allein genügt nicht.

Die großen sozialen Umwälzungen des 19. Jahrhunderts erheischen in einer Reihe von Punkten immer gebieterischer die Einschränkung einer allzu umfassenden elterlichen Gewalt.

Auf strafrechtlichem Gebiet sind so die Gesetze vom 7. Dezember 1874 und vom 24. Juli 1889 entstanden. Demselben Zusammenhang gehört das Gesetz vom 19. April 1898 an.

Das Gesetz vom 7. Dezember 1874 trägt den Namen „loi sur les enfants employés dans les professions ambulantes“. Es untersagt ausdrücklich die Verwendung von Minderjährigen unter 16 Jahren zu solchen Gewerben und bedroht die Eltern, die sich des durch das Gesetz mißbilligten Delikts schuldig machen, mit dem Verlust der elterlichen Gewalt.

Das Gesetz bietet insofern eine Lücke, als es zwar die Eltern, die ihre eigenen Kinder ausbeuten, nicht aber die Vermittler eines solchen Handels trifft. Die Unvollständigkeit ferner, mit der die Frage nach der Aberkennung der elterlichen Gewalt und der hieraus notwendig entspringenden Fürsorge für das in Gefahr befindliche Kind geregelt ist, sind die Ursachen, daß das Gesetz vom 7. Dezember 1874 nur ganz schwache Resultate gezeitigt hat.

Weit wichtiger ist das Gesetz vom 24. Juli 1889 „sur la protection des enfants maltraités ou moralement abandonnés“. Dasselbe ordnet die Aberkennung der elterlichen Gewalt in zwei verschiedenen Fällen an: einmal als notwendige Folge der Verurteilung wegen einer Reihe von Delikten, unter denen besonders die Anhaltung fremder oder eigener Kinder zur Unzucht, Delikte begangen an den eigenen Kindern usw. sich befinden. In andern Fällen ist die Aberkennung der elterlichen Gewalt für den Richter, der außer auf öffentliche Klage auf Veranlassung der nächsten Verwandten hier in Thätigkeit tritt, nur fakultativ. Das Gesetz trifft Fürsorge, die Situation des in Gefahr befindlichen Kindes zu

regeln. Bleibt es nicht in den Händen des nicht der Aberkennung unterliegenden Teiles des Elternpaares und tritt nicht die gemeinrechtliche Dativvormundschaft ein, so wird es der „Assistance publique“ anvertraut. Eine offiziöse Tutel kann auch Privatpersonen und den hierzu ausdrücklich autorisierten Vereinen übertragen werden, in Fällen, in welchen das Kind bereits in deren Händen placiert war. Zu bemerken ist endlich, daß der Verlust der elterlichen Gewalt ein vollständiger ist, und daß kein Band zwischen Eltern und Kind bleibt als die aus den Artikeln 205 f. des „code civil“ sich ergebende Alimentationspflicht.

Man kann zwar nicht behaupten, daß das Gesetz vom 24. Juli 1889 ohne Wirksamkeit geblieben ist; seine Anwendung ist stetig im Steigen. Aber seine Anwendung ist weit entfernt davon befriedigend zu sein. Der Grund liegt einerseits in dem nur mit Mühe verborgenen Widerwillen der Gerichtshöfe, die Eltern in so absoluter Weise mit einem Schläge ihrer Rechte für verlustig zu erklären. Andererseits ist das vom Gesetzgeber den Wohlthätigkeitsvereinen gezeigte Mißtrauen und im Gegensatz dazu sein Vertrauen zu der „Assistance publique“, deren Organisation, wie allgemein versichert wird, zu wünschen läßt und seit langen Jahren den Gegenstand zahlreicher Petitionen und Gesetzesvorschläge bildet, nicht geeignet, die Anwendung des Gesetzes vom 24. Juli 1889 zu fördern.

Die vorstehenden Betrachtungen über die Gesetze vom 7. Dezember 1874 und 24. Juli 1889 erschienen notwendig, um den Zusammenhang zu charakterisieren, in den das Gesetz vom 19. April 1898, zum mindesten seiner Artikel 4 und 5 wegen, gehört: die Bestimmungen derselben liegen auf dem gleichen Gebiet, Einschränkung der Rechte unwürdiger Eltern, Fürsorge der in Gefahr befindlichen Kinder.

Das Gesetz vom 19. April 1898, das eigentlich aus zwei völlig getrennten Teilen besteht, einem ersten Teil, Artikel 1 bis 3, mit Bestimmungen rein strafrechtlicher, einem zweiten Teil, Artikel 4 und 5, civilrechtlicher Natur, ist wie so viele französische Gesetze der letzten Zeit, ein Gelegenheitsgesetz. Es bedurfte eines die öffentliche Meinung stark erregenden „Falles“, „l'affaire Grégoire“³⁾, um zu entdecken, daß die Bestimmungen des „code pénal“ über

³⁾ S. Rollet, a. D. S. 5.

Aussetzung und Mißhandlung Minderjähriger speziell in dem Fall, daß diese Delikte von den Eltern begangen waren, unzureichend waren. Eine Reihe von Vorschlägen zur Abänderung der betreffenden Bestimmungen des „code pénal“ wurden gemacht. Zu denselben gesellte sich ein Vorschlag, die oben erwähnte Lücke des Gesetzes vom 7. Dezember 1874 auszufüllen. Diesen Vorschlägen, die auf rein strafrechtlichem Gebiet lagen, war die Frage nach der Fürsorge der Minderjährigen während der gegen die Schuldigen schwebenden Instanz und während der Gefangenhaltung derselben entgangen. Der Deputierte Odilon-Barrot brachte daher folgenden Antrag⁴⁾ ein: „dans les cas prévus par la présente loi, le juge d'instruction pourra, en même temps qu'il décernera le mandat de dépôt contre l'accusé, ordonner que, jusqu'au jugement, la garde de l'enfant sera provisoirement confiée à un ascendant, à un parent ou à une personne qu'il désignera ou même à l'Assistance publique. Cette ordonnance devra être confirmée par le Tribunal à sa première audience“. Mit den übrigen Vorschlägen wurde dieser Antrag von der Deputiertenkammer angenommen. Bei der Beratung des Gesetzentwurfes im Senat schlug der Berichterstatter, der bekannte Senator Bérenger vor, den Antrag Odilon-Barrot auf den Fall eines von einem Minderjährigen begangenen Delictes, Vergehen oder Verbrechen, auszudehnen und dabei den verschiedenen „institutions charitables“ zu ihrem Rechte zu verhelfen. Seine Vorschläge wurden ohne Debatte vom Senat und später von der Deputiertenkammer, an welche der Gesetzentwurf zurückging, gleichfalls ohne Diskussion angenommen.

Die so entstandenen Artikel 4 und 5 des Gesetzes vom 19. April 1898 haben folgenden Wortlaut:

„Art. 4. Dans tous les cas de délits ou de crimes commis par des enfants ou sur des enfants, le juge d'instruction commis pourra, en tout état de cause, ordonner, le ministère public entendu, que la garde de l'enfant soit provisoirement confiée, jusqu'à ce qu'il soit intervenu une décision définitive, à un parent, à une personne ou à une institution charitable qu'il désignera, ou enfin à l'Assistance publique.

⁴⁾ S. Passéj, a. O. S. 1.

Toutefois, les parents de l'enfant jusqu'au cinquième degré inclusivement, son tuteur ou son subrogé tuteur et le ministère public pourront former opposition à cette ordonnance; l'opposition sera portée, à bref délai, devant le Tribunal en Chambre de conseil, par voie de simple requête.

Art. 5. Dans les mêmes cas, les Cours ou Tribunaux, saisis du crime ou du délit, pourront, le ministère public entendu, statuer définitivement sur la garde de l'enfant."

Kapitel 2.

Man ist einigermaßen berechtigt zu bezweifeln, daß die Gesetzgeber von 1898 die beiden in Frage stehenden Artikel ohne Diskussion votiert hätten, wenn sie sich der Tragweite derselben bewußt gewesen wären.

Es handelt sich in der That nicht nur um eine Modifikation der Gesetze vom 7. Dezember 1874 und 24. Juli 1889, sondern um nichts Geringeres als eine einschneidende Änderung des Artikels 66 des „code pénal“ und damit des Grundstocks der bisherigen „législation de l'enfance“ befindet sich doch, wie Albanel sagt⁵⁾, in den Artikeln 66 bis 69 des „code pénal“ der „code pénale de l'enfance“.

Auf die Gefahr hin, Bekanntes zu wiederholen, wird es notwendig sein, in Kürze das französische System bezüglich der Bestrafung Minderjähriger zu besprechen.

Die genannten Artikel des „code pénal“ teilen das menschliche Leben in zwei Perioden: die eine reicht bis zum vollendeten 16. Lebensjahr, die andre beginnt mit diesem Alter. Eine Grenze nach unten hin ist nicht gezogen. Alle Minderjährigen unter 16 Jahren genießen eine Vermutung der Zurechnungsunfähigkeit. Vorbedingung für die Verurteilung ist daher die Feststellung, daß der Minderjährige „avec discernement“ gehandelt hat. Ist diese Feststellung erfolgt und sind die übrigen Voraussetzungen für eine Verurteilung vorhanden, so ergeht diese unter Herabsetzung des regelmäßigen Strafrahmens gemäß Artikel 67 und 69. Fällt die Antwort auf die Frage nach dem „discernement“ negativ aus, so muß Freisprechung erfolgen. Der Richter kann den Umständen

⁵⁾ Le crime . . . , préface IX.

gemäß anordnen, entweder, daß der Minderjährige den Eltern zurückgegeben oder daß er in einem „maison de correction“ untergebracht wird. In diesem wird er auf die Dauer der im Urteil bestimmten Zeit, aber höchstens bis zum 20. Jahre gefangen gehalten und erzogen. Artikel 68 endlich bestimmt, daß im Prinzip der Minderjährige unter 16 Jahren nicht vor die Geschworenen, sondern vor das „tribunal correctionnel“ gestellt werden soll.

Gegen diese Anordnungen des „code pénal“, „ce tarif arbitraire et suranné“, wie ihn Albanel⁶⁾ nennt, wird seit langer Zeit von allen Seiten Sturm gelaufen. Die Kritiken richten sich einmal gegen das Nichtvorhandensein einer Minimalgrenze für Strafverfolgungen, ein Mangel, der übrigens in der Praxis infolge zahlreicher Zirkulare insofern abgeschwächt worden ist, als heute grundsätzlich Minderjährige unter 8 Jahren nicht strafrechtlich verfolgt werden. Man macht ferner geltend, daß der „code pénal“ bei der Festsetzung des „kritischen“ Alters auf 16 Jahre zu niedrig gegriffen hat. Vor allem aber wendet man sich dagegen, daß der Strafrichter absolut getrennt vom Strafvollzug ist, im voraus die Dauer der Unterbringung in eine Anstalt bestimmen muß, und endlich, daß ihm in der engherzigsten Weise nur die Wahl zwischen der Anordnung der „remise aux parents“ und der Unterbringung in ein „maison de correction“ gelassen ist.

Als einer der beherzigenswertesten erscheint der Verbesserungsvorschlag von Albanel⁷⁾, ist er doch gestützt auf eine langjährige Praxis in Voruntersuchungen gegen Minderjährige. Albanel schlägt folgende Änderungen vor: Minderjährige unter 7 Jahren können nicht verfolgt werden. Bis zum 12. Jahre genießt der Minderjährige eine nicht widerlegbare Vermutung der Zurechnungsunfähigkeit: stets „remise aux parents“, im Rückfall jedoch „mise à la disposition du gouvernement“. Zwischen 12 und 16 Jahren muß der Richter stets die Frage stellen, ob „discernement“ vorliegt. Bejaht er sie, so hat er den herabgesetzten Strafrahmen gemäß Artikel 67 und 69 anzuwenden. Verneint er sie, so erfolgt Freisprechung. Der Richter kann aber die „remise aux parents“ oder die „mise à la disposition du gouvernement“ anordnen. Was unter letzterer zu verstehen sei, entwickelt Albanel ausführlich.

⁶⁾ Le crime . . ., S. 220, vgl. auch préface VIII.

⁷⁾ Ebd. S. 218 f., vgl. S. 189 f.

Sein Gedanke läuft darauf hinaus, daß die Verwaltung mit Hilfe einer „commission de surveillance“, die für jedes „arrondissement“ aus den verschiedensten Beamten zusammengesetzt wird, gegenüber jedem einzelnen Minderjährigen die ihr gut dünkenden Maßregeln anordnet. Zwischen 16 und 18 Jahren kann die Frage nach dem „discernement“ gestellt werden, unbeschadet der Möglichkeit, den Minderjährigen als erwachsen und folgeweise als voll verantwortlich zu betrachten, wenn die Frage nach dem „discernement“ zu bejahen ist. Zu erwähnen ist endlich das Verlangen nach einer Vereinigung der Behörden des Strafvollzuges unter der Justizverwaltung und der Vorschlag, alle Strafprozesse gegen Minderjährige einer regelrechten Voruntersuchung zu unterwerfen^{*)}, von Anfang an den Beistand eines Offizialverteidigers zuzulassen und die Öffentlichkeit Fremden gegenüber zu beschränken.

So beherzigenswert diese Reformvorschläge sind, es wird sicher noch viel Wasser die Seine herunterfließen, bis eine solche Reform des „code pénal“ von den gesetzgebenden Faktoren vollzogen ist.

Inzwischen bleibt er immer noch in Gültigkeit, „toujours en vigueur“, wie Bonzon⁹⁾ schmerzlich ausruft.

In gewisser Beziehung ist aber diese Gültigkeit des „code pénal de l'enfance“ seit dem Gesetze vom 19. April 1898 nur mehr eine scheinbare.

Das Verhältnis dieser beiden läßt sich am besten erkennen, wenn man die Machtbefugnisse des Untersuchungsrichters einerseits, des Gerichtes anderseits in Prozessen gegen Minderjährige unter 16 Jahren vor und nach dem Gesetze vom 19. April 1898 mit einander vergleicht.

1. Vor diesem Gesetze hatte der mit der Untersuchung gegen einen Minderjährigen unter 16 Jahren betraute Untersuchungsrichter nur die Befugnis, denselben entweder in den Händen seiner Eltern zu lassen oder ihn so lange gefangen zu halten, bis die Voruntersuchung, sei es nun durch eine „ordonnance de non-lieu“, sei es durch eine „ordonnance de renvoi“ beendet war. Wollte er während der Voruntersuchung dem Minderjährigen der

*) Es bleibe nicht unerwähnt, daß diesem Verlangen insofern Rechnung getragen worden ist, als ein im Jahre 1898 ergangenes Zirkular in allen Prozessen gegen Minderjährige unter 16 Jahren die Eröffnung einer regelrechten Voruntersuchung anordnet.

⁹⁾ a. O. S. 108.

„Assistance publique“ oder einem Wohltätigkeitsverein anvertrauen, so konnte er dies nur in offiziöser Weise und nach vorherigem Einvernehmen mit den Eltern thun.

Artikel 4 des neuen Gesetzes versteht jetzt ausdrücklich den Untersuchungsrichter in die Lage, „la garde“ des Minderjährigen jeder ihm gut dünkenden Einzelperson oder irgend einer der zahlreichen „institutions charitables“ oder der „Assistance publique“ anzuvertrauen. Unter „droit de garde“ ist zu verstehen „le droit à la direction morale et à l'éducation“¹⁰⁾, verbunden selbstverständlich mit dem Recht, den Aufenthalt des Minderjährigen zu bestimmen; es wird sich daher im wesentlichen mit dem aus § 1631 Abs. 1 des B.G.B. sich ergebenden Recht decken. Inwieweit mit dem „droit de garde“ des „droit de correction“ (§ 1631 Abs. 2 des B.G.B.) verbunden ist, erscheint streitig¹¹⁾. Doch dürfte es wohl unerläßlich sein, der mit der „garde“ des Minderjährigen betrauten Person auch das „droit de correction“ zu verleihen.

Diese dem Untersuchungsrichter eingeräumte Befugnis ist zeitlich nicht beschränkt, so daß er genügend Zeit und Gelegenheit finden kann, sich über den Grad der Moral und Besserungsfähigkeit des Minderjährigen zu unterrichten. Die Folge wird die sein, daß der Untersuchungsrichter viel häufiger eine „ordonnance de non-lieu“ erlassen und den Minderjährigen in den Händen von zur Erziehung geeigneter Personen und Anstalten belassen kann. Diesem erspart er so die Schande, vor Gericht zu erscheinen, und er bewahrt ihn vor den fast stets verhängnisvollen Folgen¹²⁾ einer Verurteilung.

Es ist richtig, daß diese Bestimmungen des Artikels 4 des Gesetzes vom 19. April 1898 für den Bezirk des „Tribunal de la Seine“ keine wesentlichen Neuerungen enthalten. Die hier seit einer Reihe von Jahren beobachtete Praxis war folgende: Sobald der Untersuchungsrichter ersucht war, zog er mit Hilfe einer eigens zu diesem Zweck eingerichteten Abteilung der „préfecture de police“ in möglichst kurzer Zeit möglichst genaue Erkundigungen über die Familienverhältnisse des Minderjährigen und über dessen Leumund ein. Konnte kein Zweifel über die Notwendigkeit der „détention

¹⁰⁾ Albanel, l'enfance criminelle ..., S. 89.

¹¹⁾ Albanel, le crime ..., S. 67.

¹²⁾ Albanel, le crime ..., S. 202 f.

préventive“ bestehen, so blieb der Minderjährige im Gefängnis und wurde dort dem System absoluter Einzelhaft („décret du 11 novembre 1885“) unterworfen. In den andern Fällen wurde er in die 1892 vom „conseil général de la Seine“ gegründete, von der „Assistance publique“ ressortierende „asile temporaire de la rue Denfert-Rochereau“ geschickt und dort beobachtet. Je nachdem diese Beobachtung ausfiel und je nachdem anderseits die Auskunft über die Eltern lautete, wurde der Minderjährige entweder diesen zurückgegeben oder der „Assistance publique“ mit der Einwilligung der Eltern anvertraut und ein „non-lieu“ erdigte alsdann die Affaire, oder aber der Untersuchungsrichter überantwortete ihn der „justice répressive“, nachdem er ihn ins Gefängnis geschickt beziehungsweise zurückgeschickt hatte.

Diese Praxis hat jetzt durch das neue Gesetz seine offizielle Sanction erhalten und kann in ganz Frankreich befolgt werden. Sie läßt sich außerdem infolge Einschlebung der Einzelpersonen und der Vereine, denen der Minderjährige anvertraut werden kann, wesentlich erweitern.

Daß die dem Untersuchungsrichter durch den Artikel 4 des Gesetzes vom 19. April 1898 eingeräumte Befugnis der allerweitgehendsten Art ist, ist in die Augen fallend. Schon hat man in einer Sitzung des „comité de défense des enfants traduits en justice“ auf die Möglichkeit hingewiesen, daß in Zukunft der Untersuchungsrichter mit Hilfe des genannten Artikels alle vor ihn geführten Minderjährigen unter 16 Jahren den Gerichtshöfen vor-enthalten und so durch Übertreibung die durchaus wünschenswerte weitere Verbreitung des Prinzips der Vorbeugung schwer gefährden könne.

Bevor man aber Feuer! schreit, wird es gut sein, zu erproben, ob sich die neue Maßregel nicht bewährt, und zu den Untersuchungsrichtern das Vertrauen zu haben, daß sie von ihrer neuen Befugnis einen verständigen Gebrauch machen. Geschieht dies, so kann die Anwendung des Artikels 4 des Gesetzes vom 19. April 1898 nur die wünschenswertesten Folgen haben.

2. Was die Gerichtshöfe anbetrifft, so ließ der „code pénal“ ihnen nur die Wahl — wofern sie nicht das Vorhandensein des „discernement“ feststellen und verurteilen wollten — den Minderjährigen entweder den Eltern zurückzugeben oder in ein „maison de correction“ zu schicken.

Daß heutzutage die „maisons de correction“ in Frankreich nach einer gründlichen Reform der letzten Jahrzehnte durchaus nicht mehr die bittere Kritik verdienen, die ihnen so oft zu teil geworden ist, mag zwar sein; man kann auch einer so kompetenten Persönlichkeit wie Albanel glauben, wenn er sagt¹³⁾: „Si l'on fait une campagne implacable contre les maisons de correction, ce n'est pas, à moins d'ignorance de ceux qui en parlent, contre les établissements eux-mêmes qu'elle était dirigée, mais bien par une véritable pétition de principe contre la mesure elle-même de l'éducation correctionnelle.“ Es bleibt aber deswegen nicht weniger wahr, daß eine „campagne contre la mesure elle-même de l'éducation correctionnelle“ nur zu berechtigt ist. Befindet sich auf der andern Seite der Gerichtshof im gegebenen Falle Eltern gegenüber, die ohne geradezu „indignes“ zu sein, zu schwach erscheinen, um den Minderjährigen, wenn er ihnen zurückgegeben wird, vor der schiefen Bahn des Verbrechens zu bewahren, so ist man wohl berechtigt, von einer Art Scylla und Charybdis des Artikels 66 des „code pénal“ zu sprechen.

Mit der neuen Bestimmung der Artikel 4 und 5 des Gesetzes vom 19. April 1898 eröffnet sich jetzt dem Gerichtshof eine dritte Möglichkeit: Statt den Minderjährigen den Eltern zurückzugeben oder in ein „maison de correction“ zu schicken, kann er „la garde“ desselben einem Verwandten oder einer andern Privatperson, einer „institution charitable“, oder endlich der „Assistance publique“ anvertrauen. Selbstverständlich wird er dabei die von dem Untersuchungsrichter gemachten Erfahrungen verwerten und so in der Lage sein, weiter in dem Sinne des Prinzips der Vorbeugung zu handeln.

Es ist endlich noch darauf aufmerksam zu machen, daß diese neuen Bestimmungen insofern das mangelhafte System des „code pénal de l'enfance“ zu verbessern berufen sind, als sie ermöglichen, die aus dem Nichtvorhandensein einer Minimalgrenze für Strafverfolgungen sich ergebenden Mißbräuche mittels der dem Untersuchungsrichter und dem Gerichtshof eingeräumten diskretionären Befugnisse zu beseitigen¹⁴⁾.

¹³⁾ Le crime ... S. 222.

¹⁴⁾ S. Garraud a. O. S. 167.

Kapitel 3.

Außer auf den „code pénal“ wirkt das Gesetz vom 19. April 1898 auf die Gesetze vom 7. Dezember 1874 und 24. Juli 1889 modifizierend ein.

1. Was ersteres anbetrifft, so genüge es, festzustellen, daß dessen oben erwähnte Lücke durch Artikel 3 des neuen Gesetzes ausgefüllt wird.

2. Das Gesetz vom 24. Juli 1889 wird nach einer doppelten Richtung hin von dem neuen Gesetz beeinflusst.

a) Wie wir gesehen haben, hat das Gesetz vom 24. Juli 1889 in einem gewissen feindseligen Sinne gegen alles, was „association“ heißt, auf einen Verein den Übergang der elterlichen Gewalt im Falle der „déchéance“ nur dann gestattet, wenn dieser Verein hierzu eigens autorisiert war. Tatsächlich sind nur drei Wohltätigkeitsvereine, je einer in Paris, Bordeaux und Dijon, dieser Autorisation teilhaftig geworden. Dieses Mißtrauen ist bei dem Gesetzgeber von 1898 verschwunden. Er erwähnt ausdrücklich unter denjenigen, denen die „garde“ des Minderjährigen anvertraut werden kann, „une institution charitable“ d. h. jede beliebige, nicht nur die autorisierte. Ja er scheint diese sogar der „Assistance publique“ vorzuziehen¹⁵⁾, wenn er sagt „ou enfin à l'Assistance publique“.

b) Wenn das Gesetz vom 24. Juli 1889 nicht die wünschenswerte Anwendung gefunden hat, so ist das, wie wir wissen, nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß die Gerichte sich scheuten, die Eltern mit einem Schlage aller Rechte über das Kind für verlustig zu erklären. Die Artikel 4 und 5 des Gesetzes vom 19. April 1898 gewähren den Gerichten jetzt die Möglichkeit, in allen Fällen, in denen sie zu einer fakultativen Aberkennung der elterlichen Gewalt befugt sind, den Eltern nur „le droit de garde“ zu nehmen. So ist ein allseitig gehegter Wunsch erfüllt worden, den Boissin in seinem Rapport für den „congrès pénitentiaire international de 1895“ dahin zusammenfaßte¹⁶⁾: „Le droit de garde, confié à des mains sûres, sera une barrière des plus utiles, des plus morales et des plus nécessaires; en laissant aux magistrats le choix de mesures à prendre en faveur des enfants,

¹⁵⁾ S. Rollet a. D. S. 25.

¹⁶⁾ Passes a. D. S. 12.

on fera œuvre utile, car on pourrait craindre que l'application de la loi du 24 juillet 1889 n'eût à souffrir de la rigueur du principe adopté."

Kapitel 4.

Es bleibt noch übrig zu berichten, wie das Gesetz in der Praxis aufgenommen worden ist.

1. Mangels Dokumente ist es nicht möglich, nähere Angaben über die Handhabung des Gesetzes von Seiten der Untersuchungsrichter in der Provinz zu machen. Daß das Gesetz in Paris in den „cabinets d'instruction“ keine großen Ummwälzungen hervorgerufen hat, ist nach dem in Kapitel 2 unter Nummer 1 Gesagten selbstverständlich.

2. Die Gerichtshöfe haben anfangs von der ihnen gewährten Möglichkeit, der Engherzigkeit des Artikels 66 des „code pénal“ zu entgehen, Gebrauch gemacht¹⁷⁾. Wenn trotzdem in einem Aufruf zum Beitritt zu einer neu gegründeten „société de patronage“, der „patronage familial“ gesagt werden kann, daß das Gesetz vom 19. April 1898 „à peu près ignorée de la pratique“ sei, so liegt das darin, daß die Gerichtshöfe den Privatpersonen sowohl wie den Wohltätigkeitsvereinen beziehungsweise Anstalten und auch der „Assistance publique“ gegenüber ein zu großes Mißtrauen hegen, um diesen in dem von dem Gesetzgeber gewünschten Maße „la garde“ der Minderjährigen unter 16 Jahren anzuvertrauen.

Was fehlt, das sind die nötigen finanziellen Hilfsmittel, um öffentliche Präservations-Anstalten zu schaffen, in welchen auf Grund der Artikel 4 und 5 des neuen Gesetzes die weniger verdorbenen Kinder untergebracht werden können, die trotz des begangenen Delikts das Korrektionshaus nicht verdienen, sondern nur eine Erziehung speziellen Genres.

In letzter Zeit sind nach dieser Richtung hin ganz bestimmte Vorschläge gemacht worden und man hat gezeigt, daß die dem Staat erwachsende Mehrausgabe verhältnismäßig geringfügig sein würde.

So berechnet Albanel¹⁸⁾, daß bei einer jährlichen Zahl von 3000 Minderjährigen, die auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes

¹⁷⁾ S. Rollet a. O. S. 23.

¹⁸⁾ L'enfance criminelle ..., S. 90.

vom 19. April 1898 in Anstalten der erwähnten Art — ein Bedürfnis, neue Gebäude zu errichten, würde wohl kaum vorliegen, da die vorhandenen „maisons de correction“ nur äußerst schwach belegt sind — untergebracht werden können, und bei 0,85 fr. täglicher Unterhaltungskosten, die jährliche Ausgabe 930 750 fr. betragen würde. Nimmt man als mittlere Dauer des für eine moralische Besserung notwendigen Aufenthaltes des Minderjährigen 5 Jahre, so würde eine Belastung des Budgets von etwa 4½ Millionen sich ergeben, die sich auf 5 Jahre verteile. Albanel jagt von dieser Summe: „En vérité nous nous refusons à croire que la France ne puisse faire cette dépense, relativement minime; et, en y regardant de près, le pays y trouverait une économie, car ces enfants, amendés, n'iraient pas grossir le nombre incessamment croissant des délinquants, des criminels, et des récidivistes de 16 à 21 ans, qui encombre les prisons et qui coûtent de l'argent à l'Etat.“

Ob diese Vorschläge in absehbarer Zeit durch die gesetzgebenden Faktoren verwirklicht werden?

Der bereits erwähnte Aufruf zum Beitritt zu der „Patronage familial“ meint: „une longue période de temps s'écoulera avant que cette réforme soit adoptée et mise en pratique.“

Wenn aber auch eine allgemeine Reform in dieser Richtung noch weit entfernt liegen mag, ein erster Versuch für das Gebiet des „Tribunal de la Seine“ wird, wie es scheint, in allernächster Zeit ins Leben treten.

In Montesson, eine halbe Stunde von Paris entfernt, befindet sich ein „maison de correction“ besonderer Art, die „école Lepelletier de Saint-Fargeau“. Dieselbe ist im Jahre 1895 eröffnet worden. Sie ist gegründet und wird unterhalten vom „département de la Seine“. Ihr Zweck ist, wie es in dem Prospekt heißt, „d'arriver, par des procédés nouveaux, à la régénération, à la moralisation des enfants traduits devant les Tribunaux et acquittés comme ayant agi sans discernement, mais envoyés en correction (art. 66 c. p.) [ou détenus par voie de correction paternelle (art. 376—377 c. c.)]“ Wenn heute gesagt werden kann, daß die erhofften Resultate nicht eingetreten sind, so liegt das nicht an der Anstalt selbst und ihren Einrichtungen, die vielmehr speziell geeignet erscheinen, die Zweckmäßigkeit des bei ihrer Gründung verfolgten Prinzips „réformer les enfants, en

leur appliquant des procédés d'éducation appropriés à leur constitution spéciale“ zu beweisen. Die Gründe liegen außerhalb. Einmal werden zu wenig Minderjährige dorthin geschickt; die Anstalt kann 320 aufnehmen und hat heute nur einen Effektivbestand von etwa 160. Der Bestand würde in nächster Zeit voraussichtlich noch weiter heruntergehen. Ferner, und das ist der Hauptgrund, die dorthin gesandten Minderjährigen sind fast ausschließlich über 14 Jahre alt. Es erscheint klar, daß bei diesem Alter der Erfolg einer moralischen Besserung des Minderjährigen durchaus in Frage gestellt ist.

Man geht daher mit dem Gedanken um, die Anstalt, abgesehen von kleineren Veränderungen in Bezug auf die erzieherischen Maßregeln, vor allem insofern umzuwandeln, als nicht mehr auf Grund des Artikels 66 des „code pénal“, sondern nur auf Grund der Artikel 4 und 5 des Gesetzes vom 19. April 1898 Minderjährige in möglichst frühem Alter dort untergebracht und erzogen werden sollen.

Man sieht diesem ersten Versuch, eine öffentliche Präservations-Anstalt zu schaffen, ein Plan, der wie gesagt, in allernächster Zeit verwirklicht werden soll, allseitig mit Spannung entgegen¹⁹⁾.

Vielleicht ist auf diesem Wege das Gesetz vom 19. April 1898, das, wie Passiez²⁰⁾ zusammenfassend sagt, „repose sur cette idée éminemment juste et féconde que, lorsqu'un enfant a commis une faute, l'œuvre de la justice doit être, avant d'arriver à la répression, une œuvre de protection de tutelle et de patronage“, berufen, die segensreichsten Früchte zu tragen.

¹⁹⁾ Vgl. auch den Artikel „une colonie“ in der Nummer des „Rapport“ vom 9. Juli.

²⁰⁾ a. D. S. 13.